

**Beiträge ÖkoLinX-ARL
in der Fraktion
»ÖkoLinX-ELF im Römer«**

Wortprotokoll

über die

33. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 11. Juli 2024

(16:00 Uhr bis 22:19 Uhr)

6.1 Entwurf Doppelhaushalt 2024/2025 mit Finanzplanung und eingearbeitetem Investitionsprogramm 2024-2027	
6.3 Aussprache und Schlussabstimmung	43
Stadtverordneter Dimitrios Bakakis, GRÜNE:.....	44
Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:.....	48
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	52
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	55
Stadtverordnete Dominike Pauli, Linke:.....	57
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:	59
Stadtverordneter Martin Frederick Huber, Volt:	63
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	65
Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:	67
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:	70
Stadtverordneter Michael Müller, Linke:	70
Stadtverordnete Monika Christann, Linke:.....	71
Stadtkämmerer Dr. Bastian Bergerhoff:.....	73
7. Frankfurter Digitaloffensive für Seniorinnen und Senioren.....	76
Antrag der CDU vom 05.06.2024, NR 959	
Stadtverordnete Sabine Fischer, CDU:	76
Stadtverordneter Johannes Hauenschild, Volt:.....	78
Stadtverordnete Sylvia Momsen, GRÜNE:	79
8.1 Regionaltangente Ost - Variantenprüfungen	81
Gemeinsamer Antrag der GRÜNEN, der SPD, der FDP und Volt vom 10.06.2024, NR 954 <u>hierzu:</u> Antrag der FRAKTION vom 24.06.2024, NR 968	
8.2 Den ÖPNV ausbauen: Mit einer Regionaltangente Ost einen Schienenring rund um Frankfurt schaffen	81
Bericht des Magistrats vom 08.04.2024, B 128 <u>hierzu:</u> Antrag der BFF-BIG vom 06.05.2024, NR 933 <u>hierzu:</u> Antrag der CDU vom 22.05.2024, NR 946 <u>hierzu:</u> Anregung des OBR 16 vom 04.06.2024, OA 465	
8.3 Größere Umweltschäden und Naturzerstörung durch Regionaltangente Ost Variante 1 und 2 als durch den Autobahnbau Riederwaldtunnel	81
Anregung des OBR 11 vom 27.05.2024, OA 463	
Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:	81
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:	83
Stadtverordnete Kristina Luxen, SPD:	84
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:	86
Stadtverordneter Jens-Friedrich Schneider, AfD:	88
Stadtverordneter Yannick Schwander, CDU:.....	88
Stadtrat Wolfgang Siefert:	90

ten Nachfolger:innen, um ihr Geschäft fortzuführen. Wir bekommen massive Probleme, wenn wir das nicht in den Griff bekommen oder keine Lösung dafür finden. Wir wollen die Betriebe bei dieser Nachfolgelösung unterstützen. Davon sollen auch Betriebe profitieren können, welche perspektivisch in Verantwortungseigentum übergehen möchten, sobald dafür die entsprechende Bundesgesetzgebung kommt.

Außerdem wollen wir gemeinwohlorientierte Unternehmensgründungen fördern. Bei diesen Unternehmensformen steht nicht der maximale Gewinn im Vordergrund, sondern vielmehr der gesellschaftliche und ökologische Nutzen. Wir brauchen letztlich eine lokale Wirtschaft, die nicht nur produktiv ist und Gewerbesteuer einbringt, sondern auch mit Blick auf die Zukunft die sozialen und planetaren Grenzen achtet. Wir haben natürlich noch einige weitere Etatträge gestellt, die schon in den Ausschüssen vorgestellt wurden. Wir haben diese auf unserer Website zusammengefasst, wo sie auch noch mal nachgelesen werden können.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Claudia Korenke:**

Vielen Dank, Herr Huber! Als nächster Redner spricht Herr Zieran von ÖkoLinX-ELF. Bitte schön!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:

Guten Abend!

Frankfurt hat ein höheres Bruttoinlandsprodukt als Kroatien, Litauen oder Slowenien. In Deutschland schlägt Frankfurt die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Pro Kopf gibt es hier mehr reiche Menschen als in New York, der Stadt mit den meisten Millionären weltweit. Frankfurt ist eine stinkreiche Stadt, eine der reichsten in Deutschland und eine der reichsten auf diesem Planeten.

(Zurufe)

Ein Blick aus dem Fenster genügt: Die Hochhaustürme sind obszön; geschmacklose Machtdemonstrationen des Kapitals.

(Zurufe)

Ja, beruhigt euch.

Der Hochhausentwicklungsplan ist eine soziale und ökologische Bankrotterklärung der Koalition. Beispielsweise für Volt sind die Hochhäuser wichtig, denn diese drücken Geld, die Gewerbesteuer kommt aus diesen Häusern. Interessant! Dass Wolkenkratzer soziale und ökologische Killer sind, schieben Sie beiseite. Das ist einer der vielen Widersprüche in der Stadt, die zugunsten des Kapitals aufgelöst werden.

Diese Stadt ist so reich, dass sie sich eine Million Quadratmeter leerstehende Büroflächen leisten kann und trotzdem immer weiter baut. Aber die vernichteten circa 50.000 Sozialwohnungen sind in der Praxis kein Thema. Das Defizit bleibt bestehen. Dafür werden keine Milliarden lockergemacht. Es gibt nur die Hoffnung auf den privaten Wohnungsmarkt, der dann für den Luxuswohnungsbau noch gefördert wird.

(Zurufe)

Man hat das Gefühl, FDP und Volt sind besonders stolz darauf, und auch für die CDU ist der private Wohnungsmarkt der Götze, den sie anbietet, also von rechts außen bis Mitte-links eine Politikervolksfront fürs Immobilienkapital.

(Beifall, Heiterkeit, Zurufe)

Der rücksichtslosen Verschwendungswirtschaft gegenüber steht die penible Bescheidenheit der Politik.

(Zurufe)

Im März klagte der Stadtkämmerer, die Stadt sei chronisch unterausgestattet. Es müsse auf jeden Cent geachtet werden, man dürfe bloß nicht über die Stränge schlagen und Konflikte mit der Aufsicht beim Innenministerium seien unbedingt zu vermeiden. In

vorausgehendem Gehorsam wurde in den letzten Jahren deshalb gleich so konservativ gewirtschaftet, dass nicht einmal alle verfügbaren Ressourcen ausgegeben wurden. Die Ideologie der schwarzen Null ist derart mächtig, dass man den Menschen dieser Stadt lieber Geld vorenthält, als sich den Vorwurf der Verschwendung einzuhandeln.

Während eine Sozialwohnung nach der anderen aus der Bindung fällt, Geflüchtete in Sammelunterkünften gepfercht werden, Obdachlose weiter auf der Straße vor sich hinvegetieren, die Klimakatastrophe ein Extremwetterereignis nach dem anderen bringt und Programme gegen Rassismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit um jeden Euro kämpfen müssen, behält man Hunderte Millionen auf der hohen Kante, mit dem Versprechen, sie in Zukunft vielleicht ausgeben zu wollen.

Es ist allein den gestiegenen Gewerbebeeinträchtigungen zu verdanken, dass überhaupt so etwas wie Politik stattfinden kann. Denn Politik beginnt erst dort, wo die Verwaltung des bloßen Sachzwangs aufhört. Schulen zu sanieren, ist keine politische Entscheidung, sondern eine unbedingte Notwendigkeit.

(Beifall)

Die Koalition präsentiert allerdings ständig das Notwendige als visionäres Programm. Gemacht wird lediglich das Minimum, um die Sprengkraft der sozialen Gegensätze einzudämmen. Gelöst wird dadurch nichts. Es gibt kein Konzept, die multiplen Krisen ums Wohnen, das Klima und den Faschismus in den Griff zu bekommen.

(Heiterkeit)

Es kann so ein Konzept auch gar nicht geben, weil es den finanziellen Rahmen vollkommen zerreißen würde, den GRÜNE, SPD, FDP und Volt so unbedingt einhalten wollen. Stattdessen wird der Stadt Kosmetik angeboten. Niedliche 30 Millionen Euro gibt es für Etatträge im Jahr 2024 und 2025. Zum Beispiel gibt es 200.000 Euro für Tactical Urbanism. Das ist kein neues Wort für Stadtguerilla, sondern beschreibt die zeitweilige Dekoration des öffentlichen Raums, der öffentlichen Plätze. Die SPD will ein bisschen mehr Sauberkeit, die FDP will mehr Geld für

künstliche Intelligenz verplempern und so weiter.

(Zurufe)

Das sind die Brotkrumen, die der „Gestaltungshaushalt“, wie ihn der grüne Stadtkämmerer nannte, abwirft.

In kapitalistischen Gesellschaften ist es die Aufgabe des Staates, das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft zu gewährleisten. So wird jede Ausgabe argwöhnisch beäugt, die nicht unter diesem Primat steht. Wie armselig Menschen leben, wie wenig ihnen für Freizeit, Faulheit und Kultur bleibt, ist gleichgültig, solange sie nur weiter zum Wirtschaftsstandort beitragen. Der Doppelhaushalt atmet diesen Geist. Er sieht kaum Handlungsspielraum jenseits der bloßen Notwendigkeit vor. Ein wenig mehr Geld wird ausgegeben, weil gerade ein wenig mehr da ist, nicht, weil man sich politisch dafür entschieden hat. Ob man es dann ausgibt oder ängstlich daran festhält, wird die Zukunft zeigen. So oder so ist eine Stadtvision mit diesen Mitteln nicht möglich. Der Haushalt genügt allein, um das Elend dieser Stadt zu verwalten, das Elend einer bizarr reichen Stadt, die von den Herrschenden für arm erklärt wird.

Regierende Parteien und viele Medien predigen diese Stadtarmutsideologie, um den Reichtum den Armen und den Menschen aus dem unteren Spektrum der Mittelschicht, den Lohnabhängigen, vorzuenthalten. Diese falsche Haushaltsdisziplin wird natürlich nicht auf Kapitalinteressen angewandt, da wird in der ganzen Breite der Möglichkeiten gefördert. Der Magistrat versteht sich als Kapital-Start-up um fast jeden Preis - vorneweg die wüste FDP.

(Beifall)

Soziale und ökologische Interessen sind nur abgeleitete Brosamen, Krümel für die Masse. Je reicher, desto mehr.

Einige in der Regierungskoalition sind sich dessen nicht bewusst. Ihnen fehlt der Überblick. Sie sind happy mit dem erreichten Klein-Klein und beschließen zum Teil strukturelle Leitlinien, die dem Klein-Klein objektiv entgegenstehen. Sie gaukeln den Menschen in den Stadtteilen einen Fortschritt vor, den

es nicht gibt oder der immer wieder wegen der Widersprüchlichkeit auf der Kippe steht.

Der Haushalt ist keine Antwort auf die steigende Armut, auf eine Gesellschaft, die sich nach rechts verschiebt, auf die Stärkung von Nazis, Faschist:innen und Rechtsradikalen. Der Haushalt zielt nicht darauf ab, Menschen in dieser Stadt glücklicher zu machen und allen, wirklich allen Menschen ein gutes Leben zu garantieren. Er ist keine Antwort auf das Kaputtsparen der Verwaltung in den letzten Jahrzehnten, auf die Repressionen gegen Flüchtlinge und Racial Profiling. Er gibt keine Antwort auf Antisemitismus und Diskriminierung. Der Haushalt bietet auch keine Antwort auf die ganz großen Krisen. Teilziele werden von dieser Koalition benannt - im Gegensatz zu rechts und rechts außen, die immer nur „Markt, Markt, Markt“ plappern oder dass die Zahlen stimmen müssen und dass der Haushalt ausgeglichen sein muss. Worum es wirklich geht, darüber wird nicht gesprochen.

(Zurufe)

Dieser Haushalt ist auch keine Antwort auf die verbalen Koalitionsziele, zum Beispiel die Klimakatastrophe zu bekämpfen. Es wird nicht einmal mehr entsiegelt als versiegelt, um unter anderem die Hitzestadt zu stoppen.

(Beifall)

Über das Fällen von alten Bäumen will ich hier gar nichts sagen, darüber reden wir oft genug. Eine Verkehrswende herbeiführen heißt, die Herrschaft des Autos zu brechen und den täglichen sechsstelligen Autoeinfall zu stoppen. Es gibt keinen Parkhausabrissplan in der Innenstadt, der ÖPNV läuft teilweise auf Sparflamme, die Tram wird noch immer nicht vollwertig wahrgenommen und ausgebaut, und im Osten gibt es RTO-Varianten, die in Siebzigerjahre-Betonmanier über die Badeanstalt und das Naturschutzgebiet geführt werden. Energiewende herbeiführen heißt: weg vom Gas - gegen die Interessen des Mainova-Konzerns -, Wärme auch mit Sonne, Wind und Wasser mittels moderner Techniken wie Wärmepumpen und kein jahrzehntelanges Aufreißen aller Straßen für Fernwärme, zum Beispiel in den Gründerzeitvierteln. Der Haushalt ist keine Antwort, um die Schul- und Kitakrise kurzfristig in den Griff zu bekommen. Er ist keine

Antwort auf die Verarmung in dieser Stadt, weil der Haushalt das ausbeuterische und naturzerstörerische Wirtschaftssystem überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt. Aber die Gewerbesteuer ist gestiegen. Das ist gut für Klein-Klein und für den Schein.

Danke.

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Claudia Korenke:**

Vielen Dank, Herr Zieran! Der nächste Sprecher ist Herr Pfeiffer von BFF-BIG. Bitte schön!

Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
werte Kolleginnen und Kollegen!

Um es direkt vorweg zu sagen, wir als BFF-BIG-Fraktion lehnen den Doppelhaushalt 2024/2025 ab. Denn es ist der Regierungskoalition aus GRÜNEN, SPD, FDP und Volt wiederum nicht gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, und das trotz Rekordwerten auf der Einnahmenseite. Dazu mangelt es dieser Koalition schon am erforderlichen Willen. Für Grün-Rot-Gelb-Violett gilt stattdessen die Divise, eine möglichst breite Klientel zu bedienen und zufriedenzustellen. Eine solide Haushaltspolitik würde dem natürlich im Wege stehen. Allein, dass Sie den Oppositionsfraktionen - und im Übrigen auch der Verwaltung - sage und schreibe 253 Etatanträge zumuten, ist ein Armutszeugnis und zeigt die Defizite bei der Aufstellung des Etats durch den von Ihnen getragenen Magistrat auf. Diese Energie hätten Koalition und Magistrat besser in die Aufstellung des Etats investiert und uns dieses ebenso peinliche wie nervtötende Klein-Klein erspart.

(Beifall)

Aber so kann man natürlich seiner Wählerklientel zeigen, welche Wohltaten man mit der Gießkanne verteilt, wobei die Zotte bei einem